



Bürgerbüro Dortmund

Marco Bülow, MdB

stellv. Energiepolitischer Sprecher

der SPD-Bundestagsfraktion

Brüderweg 10-12, 44135 Dortmund

Tel: 0231 - 47 66 99 0

Fax: 0231 - 47 66 99 1

Email: marco.buelow@wk.bundestag.de

Homepage: www.marco-buelow.de

Öffnungszeiten: montags bis freitags: 9 bis 13 Uhr

montags und donnerstags: 16:30 bis 19 Uhr

Liebe Freundinnen und Freunde,

die Hälfte der Legislaturperiode ist vorbei. So, wie wir regiert werden, wünscht man sich bald das Ende der Koalition. Die Regierung steht für nichts, außer für soziale Ungerechtigkeiten und den Machterhalt. Die SPD konsolidiert sich langsam, es gibt aber noch genügend zu tun. In der 2. Halbzeit geht es für uns darum, gute Konzepte zu entwickeln, damit wir in zwei Jahren wieder regierungsfähig sind. Meine persönliche Bilanz habe ich in meinem letzten [BülowBogen](#) dargestellt. In der zweiten Jahreshälfte gibt es viel zu tun - im Fokus stehen sicherlich die Finanzmarktkrise und Europa aber auch weiterhin die Arbeitsmarkt- und Energiepolitik. Für mich wird ein wichtiges Thema zudem die Umgestaltung des Soli Beitrags sein. Hierzu habe ich eine [Pressemitteilung](#) herausgegeben.

Mit solidarischem Gruß

Bürgersprechstunde OV Westrich

Ich führe regelmäßig öffentliche Bürgersprechstunden in meinem Wahlkreis durch. Dieses Mal kam einer Einladung des Ortsvereins Westrich nach. Die Euro-Krise und die nicht endenden Krisen in der Bundesregierung brannten den Bürgern unter den Nägeln. In vielen Gesprächen konnten wir unsere sozialdemokratischen Alternativen zur gegenwärtigen Politik von CDU/CSU und FDP diskutieren.

Offener Brief an

Bundesverkehrsminister Ramsauer

In den vergangenen Wochen haben viele Medien von Sparplänen des Bundesverkehrsministeriums berichtet. Besonders hart soll es demnach das Land NRW treffen. Hier werden dringend notwendige Infrastrukturprojekte wie der Rhein-Ruhr-Express (RRX) auf das Abstellgleis geschoben. Dieser soll, so die Idee, als zusätzliche Verkehrsverbindung quer durch das Ruhrgebiet eine Alternative für die völlig überlastete A40 sein. Um als Transitland seinen künftigen Aufgaben gerecht zu werden, benötigt NRW mehr Investitionen in Verkehrswege. Daher habe ich mit anderen NRW-Abgeordneten einen offenen Brief an den Minister Ramsauer geschrieben, der die dringenden Investitionen in NRW einfordert.

Aufschwung für alle!

Die gesellschaftlichen Ungleichheiten nehmen immer stärker zu, die Schere zwischen Arm und Reich wächst. Auch am Arbeitsmarkt macht sich diese Entwicklung bemerkbar. Der deutsche Arbeitsmarkt ist von Unsicherheit geprägt. Befristete Jobs und Zeitarbeit sind mittlerweile eher die Regel als die Ausnahme. Auch der Niedriglohnsektor hat besorgniserregende Ausmaße zugenommen. Besonders skandalös sind die vielen „Aufstocker“, d.h. diese Arbeitnehmer müssen trotz eines Vollzeitjobs unterstützenden Sozialleistungen beantragen. Bei 1,3 Millionen Aufstockern sind das jährlich über sieben Milliarden Euro, die die Steuerzahler zu tragen haben. Ein Grund mehr endlich den gesetzlichen Mindestlohn einzuführen.

Veranstaltungen und Vorträge zum Thema Energie und Atomausstieg

Im September war ich als Moderator bei einer Diskussion der IG Metall geladen. Vor ca. 100 Leuten diskutierte ich mit Vertretern von Attac, ver.di und DEW21 über die Zukunft der Dortmunder Energieversorgung. Mit dem OV Scharnhorst und der IG Metall habe ich auch über den Atomausstieg berichtet. Unter dem Motto „Abschied von der Atomenergie“ diskutierte ich mit den Anwesenden die Vor- und Nachteile dieses Themas.

ausgewählte Termine:

12. November - Veranstaltung

"Energiepolitik und die Folgen der

AKW Abschaltung in NRW", 11 Uhr, mit

Gewerkschaftssekretär Rudi Fickert, IGBCE Ortsgruppe Dortmund Süd, Restaurant Haus Puschnik, Grotenbachstraße 48

16. November - Veranstaltung mit AK

Zukunft der Arbeit + AGS: „Solo-

Selbständigkeit", 17:30 Uhr, Zentrum für

Gehörlosenkultur (im Union-Gewerbehof), Huckarder Straße 2-8

Pressemitteilungen der letzten

Wochen:

- 28. Oktober - [Marco Bülow lehnt Kreislaufwirtschaftsgesetz ab](#)
- 26. Oktober - [Dortmund und Ruhrgebiet am „Soli“ beteiligen!](#)
- 30. September - [Demokratie erneuern. Demokratie leben](#)
- 21. September - [Steigende Müllgebühren und geringere Löhne drohen durch Kreislaufwirtschaftsgesetz der Bundesregierung!](#)
- 19. September - [Ramsauer spart am falschen Ende](#)
- 13. September - [Marcoule mahnt: Atomausstieg schnell und weltweit](#)

Euro-Krise

Viele Menschen sind durch die momentane Situation in Europa tief verunsichert. Sie machen sich Sorgen über die Entwicklungen in Griechenland, die Euro-Rettungsschirme und die finanzielle Belastung Deutschlands. Die Bundesregierung hat immer wieder blockiert, gezögert und damit die Krise verschleppt und verteuert anstatt zu ihrer Lösung beizutragen. Im September wurde der befristete Rettungsschirm EFSF beschlossen und festgelegt, dass bei neuen Hilfszusagen der Vertreter der Bundesregierung im EFSF nur dann zustimmen darf, wenn der Bundestag zuvor zugestimmt hat. Bei besonderer Eilbedürftigkeit oder Vertraulichkeit soll ein Unterausschuss des Haushaltsausschusses entscheiden, dem neun Mitglieder aus allen Fraktionen angehören. Dieser Kompromiss ist nur eine Mindestlösung. Ich halte die Beteiligung des Bundestages bei Hilfszusagen in jedem Einzelfall für unverzichtbar.

Nachdem klar wurde, dass über einen Hebel die Risiken für den deutschen Haushalt größer sind als erwartet, hat die Opposition eine zweite Abstimmung über den EFSF bewirkt. Dazu hat die SPD zusammen mit den Regierungsfractionen und den Grünen einen [Entschließungsantrag](#) eingebracht, in dem man sich auf einen Rahmen verständigt, der einen möglichst effizienten Einsatz der EFSF-Mittel zur Stabilisierung der Eurozone sicherstellen soll. Die SPD unterstützt die grundlegende Zielrichtung der Stabilisierung Europas, die Information und Einbindung des Bundestages durch die Bundesregierung war jedoch auch im Vorfeld dieser Abstimmung wieder unzureichend. Weitere Informationen zur Euro-Krise gibt es [hier](#).

Gleichstellungspolitik

Es ist ernüchternd, dass die Koalition nichts gegen den unakzeptablen Frauenanteil in der Wirtschaft unternimmt. Ministerin Schröder will eine freiwillige Quote, die unzuständige Ministerin von der Leyen klopft große Sprüche mit der Forderung nach gesetzlichen Vorgaben. Die SPD hat bereits gute Vorschläge für eine Quote von 40 Prozent vorgelegt. Familienministerin Schröder müsste nur zugreifen.

Integrationskurse

Vor einiger Zeit hatte sich eine Gruppe von Dozentinnen an mich gewandt, die in Integrationskursen tätig sind. Sie prangerten die schlechte Bezahlung durch den Bund an. Von ihrem Honorar bleiben nur ca. 40 % netto pro Stunde übrig. Jede Unterrichtsstunde benötigt etwa eine Stunde

Arbeitszeit für Vor- und Nachbereitung. Die Honorarkräfte müssen den Arbeitnehmer-UND Arbeitgeberanteil für die Sozialversicherung selbst bezahlen. Im Ergebnis ist die Einkommenslage vieler Lehrkräfte auf dem Niveau von ALG-II-Beziehern. Die SPD-Fraktion hat diesen Missstand erkannt und sich mit einem Antrag für eine Verbesserung der Situation eingesetzt.

Halbzeitbilanz - Wahlkreiskonferenz mit Edeldgard Bulmahn

Meine Wahlkreiskonferenz am 24. September stand unter dem Motto: „Halbzeitbilanz“. Die Hälfte der aktuellen Legislaturperiode ist nun vorbei und die Bilanz der Regierung ist verheerend. Personalwechsel in vielen entscheidenden Positionen, Wahlmanöver wie z.B. das Atommoratorium standen auf der Tagesordnung. Die SPD-Bundestagsfraktion hat dazu die [Broschüre „Zukunftsrisiko Schwarz-Gelb - Eine Schadensbilanz“](#) herausgegeben. Man findet dieses Material neben einem Film auf [dieser](#) Seite. Die Wahlkreiskonferenz war für mich auch Anlass, um über meine Arbeit der letzten 2 Jahre zu berichten. Meine Schwerpunkte habe ich vor allem bei der Arbeitsmarktpolitik und beim Atomausstieg gelegt. In Dortmund habe ich mich auch um den Bereich der Verkehrspolitik gekümmert.



Als Gast war Edeldgard Bulmahn geladen, die von ihrer Arbeit als Sprecherin in der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ berichtete.

Kreislaufwirtschaftsgesetz

Ich habe mich mit einer Pressemitteilung und in Gesprächen mit der EDG gegen die Änderung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes durch die Bundesregierung gewandt. Die Änderung verfolgt eine Anpassung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes an die EU-Abfallrahmenrichtlinie. Mit dieser Regelung ordnet die Bundesregierung den privaten Entsorgern die werthaltigen Stoffe aus den Abfällen und damit den Gewinn bringenden Teil der Abfallentsorgung zu. Für die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger, wie der Dortmunder EDG, verbleibt jedoch die Verpflichtung zur langjährigen Vorhaltung

von Anlagekapazitäten für den nicht werthaltigen Restmüll sowie der kostenintensiven etablierten Entsorgungsinfrastruktur für Abfälle zur Verwertung. Am 28.10. wurde das Gesetz im Bundestag beschlossen. Die in letzter Minute von der Bundesregierung eingebrachten Kompromissvorschläge zur Beschränkung gewerblicher Sammlungen gehen zwar in die richtige Richtung, reichen jedoch nicht aus. Die substantiellen Regelungen zu Lasten der Kommunen bleiben erhalten. Deshalb lehnt die SPD auch das überarbeitete Gesetz ab (siehe dazu auch meine [Pressemitteilung](#)).

Atomausstieg jetzt internationalisieren

Nachdem der Bundestag im Sommer erneut den Atomausstieg beschlossen hat, müssen wir jetzt den nächsten Schritt gehen. Wir können uns nicht damit begnügen, nur in Deutschland die AKW nach und nach abzuschalten. Deswegen fordere ich die Bundesregierung auf, sich auch für einen internationalen Atomausstieg einzusetzen, statt durch Hermesbürgschaften, wie für Brasilien, auch noch den Neubau dieser Risikotechnologie zu fördern. Auf europäischer Ebene müssen wir uns dem EURATOM-Vertrag annehmen. Nicht mehr der Ausbau und die Förderung, sondern die Beendigung der Atomenergienutzung muss das formulierte Ziel sein. Ich unterstütze auch den Protest für die Abschaltung der grenznahen AKW in Temelin, Fessenheim oder Cattenom.

Yasuni-Nationalpark: Leben statt Öl

Der Nationalpark Yasuni in Ecuador ist die artenreichste Region der Erde. Doch im Regenwaldboden lagern große Ölvorkommen. Ecuador will auf die Ölförderung verzichten, wenn die Welt sich mit Geldern beteiligt. Doch Bundesminister Niebel (FDP) stellt sich quer. Um ihn doch noch zum Einlenken zu bewegen, kann man sich [hier](#) an einer Protestaktion beteiligen.

Erster Todestag von Hermann Scheer

Am 14.10.2010 verstarb Hermann Scheer im Alter von 66 Jahren. Nach und nach wird deutlich wie sehr er und sein Engagement fehlen. Immer wieder zeigte er die Notwendigkeit auf, nach ökologischen Gesichtspunkten zu handeln. Er erhielt zahlreiche Auszeichnungen und Ehrungen und war Träger des „Alternativen Nobelpreises“. Zu seinen Ehren fand am 14.10. ein Symposium im Willy-Brandt-Haus statt.

Alle Texte gibt es auch in ausgedruckter Form in meinem Bürgerbüro.



Neues vom Blog

Unter blog.marco-buelow.de veröffentliche ich in regelmäßigen Abständen meine Eindrücke und Meinungen zu bestimmten politischen Bereichen. Im Folgenden möchte ich über neue Einträge auf meinem Blog informieren.

LeseTipp

Lesetipp September/Oktober 2011: Peter Strege - Grün verrohrt

Meine besondere Empfehlung für den Herbst: Peter Strege: „Grün verrohrt“ (Druckverlag Kettler, Gebundenes Kunstbuch, 2011). Der Künstler Peter Strege lebt in Dortmund-Deusen. Er malt, gestaltet und schreibt. Er mischt sich ein – politisch, sozial, durch Wort, Tat und Kunst. Seine neueste Schöpfung hat der Kettler Verlag in einem schön gestalteten Großformat veröffentlicht.

Die Sonderausgabe „Grün verrohrt“ ist eine Hommage an die Menschen und die Natur im Ruhrgebiet, versinnbildlicht an der Emscher.

[...] Den ganzen Text findet man [hier](#).

Gastbeiträge

12. Oktober: Hans Peter Bartels und die AG-Demokratie der SPD-Bundestagsfraktion: Demokratie erneuern, Demokratie leben

Vorschläge der Arbeitsgruppe „Demokratie“ der SPD-Bundestagsfraktion für drei ausgewählte Handlungsfelder

A. Reformen im politischen Betrieb

Die Debatte über Reformen, die zur Überwindung von Politikverdrossenheit und Demokratiedistanz beitragen können, wird oft sehr vordergründig und deklaratorisch geführt. Dann ist seit zwei Jahrzehnten immer wieder von der „Öffnung“ der Parteien für neue Leute die Rede (aber sie verlieren kontinuierlich Mitglieder), von „mehr Bürgerbeteiligung“ (aber das Ohnmachtsgefühl scheint weiter zu wachsen) und von „neuen Formen“ der Demokratie (die aber, wenn es sie denn gibt, die Legitimationskrise der verfassungsmäßigen politischen Willensbildung auch nicht gerade beseitigt haben).

Alle diese Floskeln sind gut gemeint, aber helfen – ganz offensichtlich – nicht.

[...] Den ganzen Text findet man [hier](#).

2. August: Aufruf vom Paritätischen Wohlfahrtsverband: Arbeitsmarktpolitik für alle [zum Text](#)

Fakten Kompakt

21. September: Überprüfung eines möglichen Preisanstiegs im Strombereich durch den Atomausstieg

Zusammenfassung des Kurzgutachtens „Darf der Strompreis durch die Stilllegung von AKW's in 2011 und 2012 steigen?“; Gunnar Harms; Leverkusen 2011

Wesentliche Ergebnisse des Gutachtens:

- In 2011 dürfte es zu keinen Strompreiserhöhungen kommen, die mit gestiegenen Beschaffungskosten begründet werden. Die Preise sind zwar leicht gestiegen, jedoch ist der größte Teil des Einkaufs der Energieversorgungsunternehmen (EVU) zu Beginn des Jahres bereits abgeschlossen worden.
- In der Gesamtansicht werden preiserhöhende Faktoren durch preissenkende Einflüsse nahezu exakt kompensiert, so dass weder in 2011 noch in 2012 Strompreiserhöhungen gerechtfertigt wären.
- Der nachhaltige Preiseffekt durch das Moratorium + dauerhafte Abschaltung der ältesten AKW beträgt ca. 0,32 Cent/kWh ab 2012. Das sind im Schnitt weniger als 1 Euro pro Monat für jeden Haushalt.
- Diesen Preissteigerungen stehen aber Kostensenkungen in gleicher Höhe gegenüber. Diese resultieren aus der aufgrund der zu hohen Ausbauproggnose der Erneuerbaren Energien (EE) in 2011 von den Kunden zu viel gezahlten Umlage für den Ausbau der Erneuerbaren Energien (EEG-Umlage). Die EEG-Umlage ist aus heutiger Sicht ca. 0,3 Cent/kWh zu hoch.
- Am Strom-Spotmarkt hat sich bislang keine Veränderung gezeigt. Weder ein Preisanstieg noch eine Stromlücke ist entstanden. Das zeigt auch, dass die entfallenen Atomkraftkapazitäten kurzfristig ersetzt werden konnten.

[...] Den ganzen Text findet man [hier](#).

Tacheles

6. Oktober: Zivilcourage in der Politik

Angst vor der eigenen Courage

Als Journalist über Courage in der Politik oder im Allgemeinen zu berichten, klingt nach einer reizvollen Aufgabe. Als Abgeordneter aber über die Zivilcourage – oder besser: die häufig nicht vorhandene Courage – in der hohen Politik und meiner Kollegen zu schreiben, wird zu einem Dilemma. Wie gehe ich damit um? Die Angst vor der eigenen Courage ist mir vertraut. Kaum einer wird sie wirklich los, der seine politische Laufbahn noch nicht abgeschlossen hat. Aber mangelnde Reflexion über dieses Dilemma führt zu jenem Verlust an Demokratie, den wir zur Zeit erleben. Immer mehr Menschen wenden sich von den Parteien ab, weil eine wachsende Anzahl Politiker zu viel Angst vor der eigenen Courage hat.

Mutiges Verhalten in der Politik

Was heißt überhaupt Zivilcourage? Courage, französisch Mut, verband sich in Frankreich im frühen 19. Jahrhundert mit Civis, lateinisch Bürger zu courage civil, dem Mut des einzelnen Bürgers, also kurz Bürgermut. Im Nationalsozialismus und in anderen Diktaturen entwickelte sich das Verständnis von Zivilcourage zu einer Tugend, sich gegen die herrschende Staatsgewalt zur Wehr zu setzen.

[...] Den ganzen Text findet man [hier](#).

20. Oktober: Stellt die Systemfrage!

Warum der Protest globalisiert werden muss, in die Zentren der Finanzwelt gehört und auch Deutschland erreichen wird

„Man kann alle Leute einige Zeit zum Narren halten und einige Leute allezeit, aber alle Leute allezeit zum Narren halten kann man nicht“ (Abraham Lincoln)

Das Imperium schlägt zurück

Trotz aller Unterschiede ist das Aufbegehren der Menschen in Nordafrika, Arabien, Israel, Chile und Südeuropa nicht nur ein Signal für die jeweiligen Machthaber, sondern auch eins für die Weltgemeinschaft. Mit „Occupy Wallstreet“ hat die globale Protestbewegung endlich auch die Finanzmärkte erreicht.

(weiter auf der folgenden Seite)



Am 15. Oktober sind in 80 Ländern die Kritiker des Raubtierkapitalismus auf die Straße gegangen. Im Westen ist spürbar, dass die Regierungen und Parlamente hilflos und häufig auch willenlos den Vorgaben der eigentlich Mächtigen folgen. Deshalb richtet sich die Empörung nun auf das Zentrum der Finanzwelt, die Wallstreet. Die City of London, Frankfurt, Tokio sollen folgen.

Vor Kurzem schienen die Vorzeichen doch noch ganz andere zu sein. Nach der Bankenpleite riefen die Bosse der Finanzwirtschaft und von großen Konzernen nach der Hilfe des Staates, den sie kurze Zeit vorher noch zum Rückzug drängten. Die Zügelung der Finanzmärkte schien nur noch eine Frage der Zeit. Konservative Politiker entdeckten Keynes und steigerten die Investitionsquote. Die Mehrheit der Bevölkerung sprach unserem Wirtschaftssystem eine gerechte und soziale Ausrichtung ab. Der handlungsfähige Staat stand vor einem Comeback, die Krise sollte zur Chance werden.

Doch nun sind wir auf dem Weg, genau das Gegenteil zu tun. Wir erleben eine Schwächung der Politik, ihrer Regierungen und Parlamente, die sie selbst mit herbeiführt hat und die unsere Demokratie nachhaltig verändern wird. Absurderweise wird dazu wiederum die Krise als Begründung herbeigezogen. Obwohl das dicke Ende der Finanzkrise wohl noch aussteht – viele Banken zocken weiter und fahren erneut riesige Verschuldungen ein -, hat die neoliberale Politik nach dem Finanzcrash schnell wieder die Oberhand gewonnen. Auf die Krise von Banken, Wirtschaft und Euro wird mit alten gescheiterten Konzepten geantwortet: Schuldenbremsen, Kürzungen von Investitionen und Sozialleistungen, Schwächungen der Binnenkonjunktur.

Ausnahme Deutschland?

In Deutschland diskutiert man unterdessen darüber, ob man Griechenland und den Euro überhaupt retten darf oder Südeuropa nicht selber Schuld an seiner Misere sei. Bei aller berechtigten Kritik gegenüber den Rettungspakten und der griechischen Haushaltspolitik, wird auch hier wieder nicht der Gesamtzusammenhang gesehen. Unsere Regierung macht sich im Gegenteil

stark dafür, dass Südeuropa radikal spart, Löhne und Sozialleistungen gekürzt werden müssen. Es ist kaum die Rede davon, dass die europäische Krise durch die Finanzkrise beeinflusst wurde und wird. Kein Wort darüber, dass durch Kürzungen der Löhne, Investitionen und Sozialleistungen die Binnenkonjunktur leidet und eine Volkswirtschaft sich so sicher nicht erholen kann. Damit wird insbesondere der deutsche Export geschwächt, weil sich unsere Produkte dann kaum noch jemand leisten kann.

Unsere Regierung suggeriert stattdessen, dass alle nur dem deutschen Vorbild folgen müssten, damit alles wieder in Ordnung kommt. Bei uns gibt es keine Diskussionen – wie in den USA -, dass Vermögende einen größeren Beitrag leisten müssten, obwohl hierzulande das Steueraufkommen auf Vermögen und Erbschaften rekordverdächtig gesunden ist. Beim Thema Arbeitslosigkeit rühmt sich die Politik gar für eine blitzsaubere Leistung, ohne darauf zu achten, welche belastende Entwicklungen auf den Arbeitsmarkt gerade bei uns zu beobachten sind. Ausgerechnet die FDP erklärt in ihrer offiziellen Halbjahresbilanz, wie vorbildlich die wirtschaftliche Lage in Deutschland sei und welchen tollen Beitrag die Liberalen dazu geleistet hätten.

Profit für die Minderheit

Jahrzehntlang kamen Phasen des Aufschwungs auch bei den Arbeitnehmer/innen und den weniger vermögenden Schichten an. Einen wirklichen sozialen Ausgleich gab es nie, aber die soziale Marktwirtschaft schuf in vielen europäischen Ländern Wohlstand und Wachstum, von denen nicht nur eine Minderheit profitierte. Dass dieses Wachstum schon immer auf Kosten von Verlierern ging und nur durch die Ausbeutung und Plünderung von Ressourcen und Natur ermöglicht wurde, war lange nur ein Randthema. Immer mehr des in den letzten Jahrzehnten erwirtschafteten Wohlstands konzentriert heute auf eine kleine Oberschicht. Die weltweite neoliberale Welle – die auch viele sozialdemokratische und sozialistische Parteien erfasste –, ließ die Kluft zwischen Reich und Arm wachsen.

Von allen OECD-Ländern haben zwischen 2000 und 2008 in Deutschland Ein-

kommensungleichheit und Armut am stärksten zugenommen. Sozialleistungen wurden abgebaut, Fördern wurde groß geschrieben, das Fördern dabei aber meist vernachlässigt. Die Mittelschicht musste den Gürtel enger schnallen und immer mehr Menschen sind vom Abstieg bedroht. Der unbefristete Arbeitsplatz mit steigenden Löhnen ist zur Ausnahme geworden. Von sozialer Marktwirtschaft kann schon lange keine Rede mehr sein.

Aufschwung für wen?

Aber da war doch der tolle deutsche Aufschwung, der in Europa doch nun wirklich Maßstäbe gesetzt hat. Ja, die Arbeitslosigkeit ist erfreulicherweise zurückgegangen. Das ist ein Erfolg, auch wenn die Statistik weiterhin viele Menschen auslässt und der Rückgang fast gar nicht die Arbeitslosengeld II-Empfänger/innen erreicht hat. Und diejenigen, die Arbeit haben, bekommen immer seltener eine faire Entlohnung. Die Arbeitsbedingungen werden eher schlechter, Mitbestimmung wird zurückgeschraubt und den Mitarbeiter/innen wird immer mehr abverlangt. Die prekäre Beschäftigung hat in den letzten Jahren – auch während des Aufschwungs – zugenommen.

- Ein großer Teil der 2010 geschaffenen neuen Stellen sind im Bereich der Leiharbeit entstanden. Mittlerweile gibt es etwa 1 Mio. Beschäftigte in diesem Sektor.
- Bereits 2009 erhielten 1,36 Mio. Bürger/innen Arbeitslosengeld II (Hartz IV), obwohl sie berufstätig waren. Der Staat unterstützt also arbeitende Menschen mit über 7,5 Milliarden Euro Steuergeldern, nur weil sie nicht ausreichend bezahlt werden.

Vollständiger Text auf dem [Blog](http://blog.marco-buelow.de).

Wer regelmäßig über neue Einträge informiert werden möchte, kann meinen Blog abonnieren unter:

blog.marco-buelow.de